Freitag, 16. September 1932
Nr. 210. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wehrhaftmachung der Jugend

Ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung unter Führung eines Generals — Militarisierung Deutschlands auf der ganzen Front

Berlin, 15. September.

WTB. **Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. September 1932 folgenden von dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsminister des Innern gegengezeichneten Erlaß an den Reichsminister des Innern gerichtet:**

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Ertüchtigung galten. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zu Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werk an der deutschen Jugend gewidmet haben, und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammen zu fassen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiet besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Satzungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

gez. von Hindenburg.
gez. von Papen. gez. Freiherr v. Gayl."

Das mit diesem Erlaß berufene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, welche die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgendwelchen Gegensatz treten. In dem neuen Reichskuratorium für Jugendertüchtigung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die, mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein, daneben aber der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben oder in Zukunft zuwenden werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Lehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden. Durch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll hauptsächlich die Sportart gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geländesport" eingebürgert hat, d. h. diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, in Ordnungsübungen und Geländespielen seinen Körper stählen und zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft erzogen, wo seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt werden soll.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung, an dessen Spitze der Reichsminister des Inneren steht, wird seine Absichten und Pläne im engen Einvernehmen mit den Landesregierungen durchführen. Vertreter der Landesregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Organisierter Wehrsport

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" die folgenden näheren Angaben über die Pläne, die die Reichsregierung mit der Gründung des sogenannten Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung verfolgt:

„Das Reichskuratorium für die Jugendertüchtigung wird, nach den amtlichen Auskünften über seine Bestimmung und die bereits geleisteten Vorarbeiten, in der Hauptsache

eine Zentralstelle für die Pflege und Organisierung des sogenannten „Wehrsports"

sein, wie er bisher schon von einer Reihe von sogenannten Wehrverbänden betrieben wurde. In einer Reihe von Arbeitslagern sind vor Wochen schon Führer der neuen Jugendbewegung ausgebildet worden, ohne daß darüber bisher Näheres bekannt wurde. Man hatte besonders geeignet erscheinende Führer von Sportverbänden in Lagern untergebracht und sie darüber belehrt, was sie selbst an die Jugendlichen, die das Reichskuratorium zu betreuen hat, weiter geben sollen. Unter den Ausgebildeten haben sich, wie wir hören,

eine erhebliche Anzahl von ehemaligen Offizieren

befunden.

Das Reichskuratorium wird durch die geleistete Vorarbeit in der Lage sein, sofort mit der praktischen Arbeit zu beginnen. Allerdings reicht die Anzahl der bisher ausgebildeten Jugendführer in keiner Weise aus, und deshalb sollen weitere Arbeitslager eingerichtet werden. Sie dienen, das muß besonders betont werden, ausschließlich der Führerausbildung. Die Jugendlichen selbst kommen nicht in die Lager. Die Führerausbildung dauert etwa drei Wochen, dann gehen die Führer zurück in die Verbände. Zunächst sollen etwa 20 Ausbildungslager eingerichtet werden. Man rechnet mit einer Belegungszahl von 100 bis 200 Mann, so daß

innerhalb weniger Wochen 10 000 bis 20 000 neue Führer ausgebildet

sein können...

Die Kosten für die Ausbildung, einschließlich der Fahrgelder zu den Arbeitslagern, trägt das Reich. Für diese Zwecke wird der im Etat des Reichsministeriums des Innern für die Jugendertüchtigung eingesetzte Betrag von anderthalb Millionen Mark verwendet. Das Reichskuratorium selbst hat sich noch nicht konstituiert, aber bereits in den nächsten Tagen wir das neue Amt unter der Leitung des Generals von Stülpnagel eingerichtet sein.

In der amtlichen Erklärung zu den Aufgaben des Reichskuratoriums heißt es, daß das Kuratorium hauptsächlich solche Sportarten fördern soll, für die sich der Ausdruck „Geländesport" eingebürgert habe. Die „Einbürgerung" dieses Wortes ist allerdings auf einen recht kleinen Kreis beschränkt geblieben; in weiten Schichten des Volkes weiß man nicht, was unter Geländesport zu verstehen ist. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Übungen, wie sie die Pfadfinder schon immer ausgeführt haben, also Wanderungen — möglichst mit Biwak und Romantik des Lagerlebens — Waldläufe, wie sie auch von zahlreichen Sportvereinen als Ausgleichssport betrieben werden, und Kriegsspiele. Die sportliche Ertüchtigung soll in breiter Front erfolgen, in bewußter Abkehr von der Züchtung von Rekordleistungen. Der politische Zweck der ganzen Organisation ist offenbar, der Reichsregierung die Möglichkeit einer unmittelbaren Einflußnahme auf die verschiedenen Verbände zu verschaffen und sie ihrer dauernden Kontrolle zu unterstellen.

Blamage für die Polizei

Wie das Nachrichtenbüro hört, teilte Abgeordneter Torgler (Komm.) dem Ausschuß mit, daß das bei der nächtlichen Haussuchung im Reichstag bei den Kommunisten beschlagnahmte Buch der kommunistischen Fraktion wieder zurückgegeben worden sei. Es habe sich um ein eisenbahntechnisches Werk gehandelt, das s. Zt. anläßlich einer Eisenbahnkatastrophe in München von der kommunistischen Fraktion angeschafft worden sei.

Protest gegen Luftmanöver

Paris, 15. September

WTB. Bei den Tag und Nacht währenden Luftmanövern in der Gegend von Marseille kam es gestern zu einer Protestkundgebung. Etwa 300 Personen hatten sich wie „Matin" aus Marseille meldet, gestern Nacht auf der Arbeitsbörse versammelt, um gegen die Abhaltung der Manöver und die Beteiligung von Zivilpersonen daran zu protestieren. Die Polizei hat drei Personen verhaftet.

Kampf dem Militarismus!

Einen Vorwurf kann man der Regierung Papen bestimmt nicht machen: den der Untätigkeit. Dieses Kabinett entwickelt eine Aktivität, die unbeirrt und mit eiserner Konsequenz den Aufgaben dient, die ihr ihre Auftraggeber gestellt haben.

Der neueste Schritt zur Verwirklichung der Ziele der herrschenden Klasse Deutschlands ist der soeben veröffentlichte Erlaß des Reichspräsidenten über die Errichtung eines „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung". Wenn man's so liest, mag's harmlos scheinen. Aber gerade in diesem Falle kommt es darauf an, zwischen den Zeilen zu lesen und die Zusammenhänge und Hintergründe dieser neuen Maßnahme festzustellen.

Der jetzige Erlaß hat eine lange Vorgeschichte. Seit der Niederlage Deutschlands im Weltkriege existieren Bestrebungen, in irgendeiner Form einen Ersatz für die durch den Versailler Vertrag verbotene allgemeine Wehrpflicht zu schaffen. Das ist von den Wortführern der Reaktion auch immer wieder offen zugegeben worden. Nicht zuletzt aus diesen Motiven setzten sich diese Kreise seit 1919 für die Arbeitsdienstpflicht ein, die damals durch den Widerstand der organisierten Arbeiterschaft verhindert wurde, jetzt aber durch den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst zu einem wesentlichen Teil verwirklicht worden ist. Was noch fehlt, wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Daneben liefen die Bemühungen um Einführung eines sogenannten Pflichtturnjahres. Sie gingen aus von der Bayrischen Turnerschaft, deren Vorsitzender bezeichnenderweise der frühere Reichswehrminister Geßler ist, und wurden im vorigen Jahre zum Programmpunkt der Deutschen Turnerschaft erhoben. Ebenso gehört in diesen Zusammenhang das jetzt stark propagierte „Werkjahr" des Deutschen Studentenwerks. Für dieses Werkjahr sind ausdrücklich Geländesport, Leibesübungen und Teilnahme an Arbeitslagern des Arbeitsdienstes vorgesehen.

Welche Ziele verfolgt die herrschende Klasse mit all diesen Plänen? Wir meinen, es handelt sich für sie im wesentlichen um zwei Dinge. Einmal soll durch diese Einrichtungen eine bestimmte ideologische Beeinflussung der Jugend, insbesondere der proletarischen Jugend, erreicht werden. Das wird auch in dem Erlaß des Reichspräsidenten und in dem offiziellen Kommentar angedeutet, wobei, wie üblich, in allgemeinen Ausdrücken von Erweckung des Vaterlandsgefühls, der Liebe zur Heimat, staatsbürgerlicher Gesinnung usw. gesprochen wird. Daß darunter aber eine ganz bestimmte politische Beeinflussung zu verstehen ist, wissen wir aus den Erfahrungen mit der allgemeinen Wehrpflicht, mit den sogenannten Jugendwehren der Weltkriegszeit und auch schon mit dem Arbeitsdienst gut genug. Gerade die allgemeine Wehrpflicht diente ja, wie auch führende Militärs der Vorkriegszeit zugaben, durchaus nicht nur der militärischen Ausbildung; vielmehr sollte der Kasernenhof das „Erziehungswerk" von Schule und Kirche ergänzen und im Interesse der herrschenden Klasse vollenden.

Die zweite große Aufgabe, der diese „Ertüchtigung der deutschen Jugend" dienen soll, ist direkt militärischer Natur. Deutschland kann auf absehbare Zeit nicht darauf rechnen, eine Wehrmacht zu besitzen, die den Bedürfnissen des deutschen Imperialismus entspricht. Daher ist die deutsche Bour-

geoisie darauf angewiesen, sich halb militärisch ausgebildete Organisationen zu schaffen, die die eigentliche Wehrmacht ergänzen und auffüllen können. Der militärische Wert solcher Verbände ist durchaus nicht gering einzuschätzen; General von Seeckt und andere erste Fachleute haben dargelegt, daß in einem künftigen Kriege neben verhältnismäßig kleinen, hervorragend ausgebildeten Berufsheeren Massenaufgebote notwendig sein werden, für die eine kurze Ausbildung mit allgemeiner Disziplinierung ausreicht.

Eine solche halb militärische Ausbildung wird bereits seit Jahren in einer groben Reihe von Organisationen der nationalen Jugend und insbesondere in den sogenannten Wehrverbänden betrieben. Diese Vorarbeit entspricht jedoch noch nicht ganz den Wünschen des Reichspräsidenten von Hindenburg und der hinter ihm stehenden Kreise, weil man ja nicht genau wissen konnte, ob diese Organisationen im entscheidenden Augenblick hinter der Regierung stehen und ihr ihre Kräfte gegen den auswärtigen „Feind" zur Verfügung stellen würden. Es drohte, vom Standpunkt der herrschenden Kreise aus gesehen, die Gefahr, daß diese Verbände aus politischen Erwägungen der Regierung die Gefolgschaft versagen könnten. Man muß sich daran erinnern, daß das Verbot der SA und SS seinerzeit erfolgte, unmittelbar nachdem Hitler in einer Rede erklärt hatte, die SA- und SS-Formationen würden im Falle eines Krieges diesem System nicht zu Hilfe kommen, sondern sofort von den Grenzen zurückgezogen werden. Diese Aeußerung überzeugte Hindenburg und Groener von der Notwendigkeit, Sicherungsmaßnahmen gegen solche Möglichkeiten zu schaffen. Der erste Schritt war das Verbot, der zweite sollte nach den Plänen Groeners die (jetzt verwirklichte) Zusammenfassung aller Jugend- und Wehrorganisationen unter Führung des Reiches sein. Auch die Absichten Groeners in bezug auf die sogenannte Entpolitisierung der Jugendorganisationen lagen durchaus in der gleichen Richtung.

Es bedarf keines besonderen Beweises, daß diese Pläne der deutschen Bourgeoisie den schärfsten Widerstand des gesamten Proletariats hervorrufen müssen. Leider besteht wenig Aussicht, daß die sozialdemokratisch geführten Massenorganisationen ihre Pflicht in dieser Beziehung tun werden. Die Haltung der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Reichsbanners und des ADGB zum Arbeitsdienst, die langjährige Unterstützung des Vereins für das Deutschtum im Auslande durch die sozialdemokratischen Minister, die immer stärkere Beteuerung nationaler Zuverlässigkeit seitens der Führer der SPD und der freien Gewerkschaften — das alles zeigt uns, daß der reformistische Flügel der deutschen Arbeiterbewegung mindestens in seiner Führung nach wie vor dem Geist des August 1914 verfallen ist.

Um so größer, um so verantwortungsvoller werden die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei und des Sozialistischen Jugendverbandes. Wir müssen weit über den Rahmen unserer Organisationen hinaus vorstoßen in die Reihen der SAJ und der sozialdemokratischen Arbeiter, wir müssen an die Massen der unorganisierten Arbeiter herankommen, um sie zu gewinnen für unerbittlichen Kampf gegen den neuen Militarismus, gegen die Vorbereitung des neuen Massenmordens. Gerade mit diesen Parolen werden wir Tausende und aber Tausende aus Gleichgültigkeit und Resignation aufrütteln können.

Dieser Kampf wird nicht leicht sein, denn die herrschende Klasse wird keinen Augenblick zögern, die ganze Macht ihres Staatsapparates einzusetzen gegen diejenigen, die den Versuch machen, ihre imperialistischen Pläne zu durchkreuzen. In keinem Punkte ist die herrschende Klasse seit jeher so empfindlich wie bei jeder wirkungsvollen Kritik an ihrem Militarismus und Nationalismus. Aber wir scheuen diese Gefahr nicht. Wir werden diesen Kampf aufnehmen in dem Geist und mit der Opferbereitschaft, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin in der Vorkriegszeit und während der Jahre des Weltkrieges bewiesen haben.

USA billigt Japans Mandschureipolitik

Washington, 14. September.

WTB. Die dieser Tage feierlichst vollzogene „Anerkennung" der Mandschukuo-Regierung durch Japan (d. h. der endgültige, offizielle Akt des Raubes der Mandschurei durch Japan) wird, wie hier erklärt wurde, die Vereinigten Staaten nicht veranlassen, aus ihrer gegenwärtigen Reserve herauszugehen. Man behält sich die Entschlußfassung bis nach der Veröffentlichung des zur Zeit dem Völkerbund vorliegenden Berichts der Lytton-Kommission vor, da Amerika an dieser Kommission beteiligt ist.

Generalstreik in Australien?

Auf einer Konferenz von australischen Arbeiterführern in Sydney wurde beschlossen, zu Donnerstag dieser Woche eine Massenversammlung der australischen Gewerkschaftsvertreter einzuberufen, auf der der Antrag gestellt werden soll, einen Generalstreik in ganz Australien auszurufen. Der australische Gewerkschaftskongreß ist gebeten worden, einen Generalstreikausschuß zu bilden. Als Ursache der Streikforderung werden in erster Linie die allgemeinen Lohnkürzungen angegeben. Die Arbeiterführer fordern u. a. die 30-Stunden-Woche und eine 25prozentige Lohnerhöhung.

Der Konflikt verschärft sich

Der Überwachungs-Ausschuß konstituiert sich als Untersuchungs-Ausschuß

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages hielt am Mittwoch wieder eine längere Sitzung ab. Eingehend verteidigte der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring noch einmal sein Verhalten in der Reichstagssitzung, in der er bekanntlich dem Reichskanzler das Wort nicht erteilte. Nach einer erregten Aussprache zwischen den Deutschnationalen, die den Standpunkt der Regierung vertraten, und den Nationalsozialisten brachte der Zentrumsabgeordnete Wegmann eine Kompromiß-Entschließung ein. In dieser Entschließung wird im ersten Punkt die Handhabung der Geschäftsordnung durch Göring ausdrücklich gebilligt, dann aber festgestellt, daß das Ergebnis der Abstimmung keine staatsrechtliche Wirkung habe, weil inzwischen der Reichstag durch die Niederlegung der Auflösungsverordnung auf den Tisch des Reichstagspräsidenten erfolgt gewesen sei. Die allgemein politische Bedeutung dieser Abstimmung bei der 512 Stimmen gegen die Regierung Papen abgegeben wurden, werde davon nicht berührt.

Nationalsozialisten und Kommunisten lehnten dieses Kompromiß ab und beharrten auf dem Standpunkt, daß die Regierung auf Grund des für sie vernichtenden Abstimmungsergebnisses hätte zurücktreten müssen. Der Vertreter der Bayrischen Volkspartei beantragte, der Ueberwachungsausschuß solle zunächst einmal eine eingehende Untersuchung der Vorgänge in der strittigen Reichstagssitzung vornehmen. Die Entscheidung über diesen Antrag wurde zurückgestellt.

Abgeordneter Wegmann (Zentrum) zog nach den ablehnenden Aeußerungen der Nationalsozialisten seine Resolution zurück und beantragte nunmehr, folgendes zu beschließen:

„Der Ausschuß hält daran fest, daß das Nichterscheinen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers vor dem Ausschuß gegen den klaren Wortlaut und den klaren Sinn des Artikels 33 Abs. 1 der Reichsverfassung verstößt. Die Reichsregierung hat die Abstimmung des Reichstages über das Mißtrauensvotum nicht anerkannt, sie ist nicht zurückgetreten, amtiert vielmehr uneingeschränkt weiter. Von dieser Tatsache ausgehend, hat der Ausschuß das Erscheinen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt. Bei dieser Sachlage hatten die Mitglieder der Reichsregierung die unbedingte Pflicht, vor dem Ausschuß auf dessen Verlangen zu erscheinen. Dieser Pflicht kann sich die Reichsregierung wirksam nicht entziehen durch Berufung auf eine juristische Meinung, die sie eingestandenermaßen ablehnt und tatsächlich nicht beachtet."

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Nunmehr erklärte Abg. Marum (Soz.): Für die Entscheidung der Frage, ob die Abstimmungen des Reichstags vom 12. September 1932 staatsrechtlich wirksam sind, ist die Klärung der Vorgänge in der Sitzung belanglos, weil von allen Seiten anerkannt ist und feststeht, daß der Reichstag vor Beendigung der Abstimmung bereits rechtswirksam aufgelöst war. Die Sozialdemokratische Fraktion hält aus diesem Grunde den Antrag auf Beweiserhebung über die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September 1932 für überflüssig.

Auch Abg. Wegmann (Ztr.) schloß sich dieser Ansicht an.

Nunmehr zog Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Volksp.) seinen Antrag bezüglich der Errichtung eines Untersuchungsausschusses zurück. Abg. Torgler (Komm.) und Abg. Frank (Nat.-Soz.) nahmen aber den Antrag des Abg. Dr. Pfleger von neuem wieder auf.

Auf Antrag der Abg. Torgler (Komm.) und Frank (Nat.-Soz.) sollen auch diejenigen Personen noch als Zeugen vernommen werden können, die den Vorgängen im Reichstagsplenum vom 12. September 1932 als Abgeordnete, als Journalisten oder Zuschauer beigewohnt haben, und deren Vernehmung dem Ausschuß zweckdienlich erscheint.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit dem Zusatz von der Mehrheit, die sich aus Nationalsozialisten und Kommunisten zusammensetzt, angenommen. Alle übrigen Parteien stimmten nicht für diesen Antrag.

Da infolge der Annahme dieses Antrags der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in einen Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 35 Abs. 3 der Reichsverfassung umgewandelt wurde, erhob sich jetzt die Frage, wann und wie die nächste Tagung und die Zeugenvernehmungen vorbereitet werden sollen.

Vorsitzender Abg. Loebe (Soz.) hielt es für notwendig, daß ihm die Anberaumung der nächsten Sitzung überlassen werde, da für die Zeugenvernehmungen ganz bestimmte Fristen eingehalten werden müssen.

Abg. Oberfohren (Dtn.) erklärte, es sei von Interesse, festzustellen, ob die Mehrheitsparteien dieses Ausschusses auch entschlossen seien, Herrn von Papen im Falle seiner Weigerung, zu erscheinen vorführen und verhaften zu lassen.

Vorsitzender Abg. Loebe (Soz.) erwiderte, daß man sich mit dieser Frage erst zu befassen haben werde, wenn eine solche Weigerung wirklich erfolgen sollte.

Reichstagspräsident Göring: Ich glaube nicht, daß der Reichskanzler die Gesetze mißachten wird.

Damit war die Sitzung beendet.

Der Standpunkt der Reichsregierung

CNB. **Wie wir zu dem Beschluß des Ausschusses zur Wahrung der Volksrechte erfahren, erkennt die Reichsregierung nicht das Recht des Ausschusses an, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren.**

Solange Reichstagspräsident Göring seinen Standpunkt nicht geändert und damit die bekannte Voraussetzung für die Reichsregierung nicht geschaffen hat, wird sie auch bei Vorladung nicht vor dem Ausschuß erscheinen.

Der Standpunkt der Reichsregierung ist in sich widerspruchsvoll. Wenn Hindenburg und Papen die Auffassung vertreten, daß das Kabinett nicht gestürzt sei und weiter zu amtieren habe, so hat die Regierung auch die verfassungsmäßige Pflicht, vor dem Überwachungsausschuß und erst recht vor einem Untersuchungsausschuß des Reichstages zu erscheinen. Die Stellungnahme des Reichstagspräsidenten Göring kann die Regierung von dieser in der Verfassung vorgeschriebenen zwingenden Verpflichtung natürlich nicht entheben. Wir sind also der Auffassung, daß die Haltung der Reichsregierung staatsrechtlich nicht zu begründen ist. Jedoch, wir wiederholen es: Verfassungsfragen sind Machtfragen!

Die SPD zu den Aufrüstungsplänen

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage beschäftigt und einstimmig eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß die Sozialdemokratie für Deutschland stets die volle Gleichberechtigung auf dem Boden der allgemeinen Abrüstung gefordert habe. Die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung halte sie jedoch für verfehlt, da sie geeignet sei, den anderen Staaten den Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten zu geben und Deutschland in politische Isolierung zu führen. Auch aus finanziellen Erwägungen müßten die kostspieligen Rüstungspläne der Reichsregierung entschiedensten Widerstand herausfordern.

So sehr es an sich zu begrüßen ist, daß **die SPD eine (wenn auch recht lahme)** Entschließung gegen die deutschen Aufrüstungspläne gefaßt hat, so sehr muß man doch andererseits immer wieder daran erinnern, daß die Sozialdemokratie einen wesentlichen Teil der Schuld daran trägt, daß in Deutschland der Nationalismus und Militarismus wieder so stark werden konnten. Nicht nur die allgemeine Politik des Reformismus hat hierfür den Boden bereitet, sondern auch auf dem speziellen Gebiet der Rüstungsfragen hat die Sozialdemokratie durch ihre Zustimmung zu den Panzerkreuzerbauten, durch die Bejahung des Reichswehretats und durch die Anerkennung des Prinzips der sogenannten nationalen Verteidigung die Widerstandskräfte gegen den deutschen Militarismus geschwächt und damit den Weg frei gemacht für einen neuen August 1914. Nach allem, was uns über die jetzige Einstellung der SPD-Führer bekannt ist (die ganz offen erklären, daß sie ein zweites Mal wieder so handeln würden wie im August 1914), kann die Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion leider nicht als Unterpfand für einen energischen, kompromißlosen Kampf gegen die gefährlichen Pläne der deutschen Bourgeoisie gewertet werden.

Textilarbeiter, organisiert Solidaritätsaktion!

Gegen Streikbruch und zur Unterstützung des englischen Streiks

„Die große Frage in Kreisen, die an Baumwollmärkten interessiert sind, ist die, wie wird sich Lancashire auswirken und wie werden die andern, vorläufig nicht betroffenen Baumwollindustrien davon profitieren? Profitieren werden die anderen, die ein Ereignis wie das in Lancashire vorzugsweise nach dem Maßstab des Profitsabschätzen, wohl schon. Die englische Regierung wird klug tun, hier richtiges Fingerspitzengefühl an den Tag zu legen und die Dinge abzudrehen(!)' ehe nicht wieder gut zu machender Schaden entstanden ist. Soweit Deutschland in Frage kommt, wird es für die englischen Lieferungen nach den skandinavischen Ländern, dann nach Frankreich, Holland und schließlich z. T. auch nach Übersee einspringen."

Wo das steht? Nun doch wohl nur in einem deutschen Unternehmerblatt, etwa in der kapitalistischen „Textilzeitung"? Nein, deutsche Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, ihr werdet es kaum glauben, aber es ist leider so:

Diese Sätze stehen in der sozialdemokratischen Breslauer „Volkswacht" vom 14. September!

Wenn vielleicht noch jemand annimmt, daß die „Volkswacht" das nur schreibt, um das Bestreben der Unternehmer aufzuzeigen, um dann scharf dagegen Stellung zu nehmen und die deutschen Textilarbeiter nun aufzufordern, mit allen Mitteln diesen Streikbruch gegenüber den sich in schwerstem Kampf befindlichen englischen Textilarbeitern zu verhindern, so ist er leider auch darin im Irrtum. Diese Sätze sind in der „Volkswacht" nicht Zitat, nicht Darstellung des Unternehmerbestrebens, sondern eigene Redaktionsarbeit, ein Teil des ganzen Aufsatzes in der „Volkswacht" unter der Überschrift „Vor einem Riesenstreik in Lancashire — 500 000 Baumwollarbeiter treten in den Kampf". Ein Artikel, der wahrscheinlich vom SPD-Pressedienst stammt und auch in andern SPD-Blättern erscheinen wird.

Mit keinem Wort geht die „Volkswacht" auch nur auf die Möglichkeit einer Solidarität der deutschen Textilarbeiter mit ihren englischen Klassengenossen ein, geschweige denn, daß sie kongrete Aktionen zur Verhinderung des Streikbruchs vorschlägt.

Klassengenossen, Textilarbeiter, was sagt ihr dazu, sozialdemokratische Gewerkschaftler, billigt ihr das? Wir sind zwar überzeugt, daß die „Volkswacht" und ihre Freunde die streikenden englischen Textilarbeiter nicht schädigen will, ja ihnen das Beste wünscht. Aber die SPD-Führer denken eben bei all' ihrem Tun nur vom Standpunkt der deutschen (kapitalistischen) Wirtschaft. Sie fühlen sich seit 1914 mit „ihrer" deutschen Wirtschaft viel, viel enger verbunden, als mit dem internationalen Proletariat, mit den proletarischen Interessen überhaupt. So kommen sie zu dieser in ihrer Wirkung echt kapitalistischen Betrachtungsweise und dementsprechenden Handlungen, so haben 1926 die sozialdemokratischen Führer des deutschen Bergarbeiterverbandes beim großen englischen Bergarbeiterstreik keine Solidaritätsaktion für die englischen Klassengenossen durchgeführt, sondern in dieser Zeit sich über den „Aufschwung des deutschen Kohlenabsatzes" (Streikbrecherkohle nach den bis dahin englischen Absatzgebieten) gefreut. Sie haben sich dabei noch eingebildet, eine solche Politik wäre für die deutschen Bergleute sehr nützlich.

Deutsche Textilarbeiter, soll sich dieses traurige Spiel jetzt wiederholen? Nein und tausendmal nein! Denkt daran, daß eure englischen Berufs- und Klassengenossen genau so wie ihr ausgebeutet und zu Hungerlöhnen gezwungen werden, daß sie genau, wie ihr, um ein Stück Brot kämpfen. Denkt daran, daß, wenn die streikenden Textilarbeiter in England unterliegen, nicht nur ihr Lohn, sondern — genau wie seinerzeit bei den Bergleuten — in Auswirkung der Niederlage, die Textilarbeiterlöhne der ganzen Welt, also auch eure Löhne erneut gekürzt werden. Umgekehrt aber, der Sieg der englischen Baumwollarbeiter ist auch euer Sieg. Darum

Verhindert jeden Streikbruch, verweigert Streikarbeit nach bisher englischen Absatzgebieten.

Gewiß, wir wissen, daß diese Aufgabe sehr schwer durchzuführen ist. Der einzelne Arbeiter, ja meist auch die Belegschaft des einzelnen Betriebes weiß ja gar nicht, wohin ihre Arbeitsprodukte kommen. Daher ist eine wohlorganisierte internationale Solidaritätsaktion notwendig. Das durchzuführen ist Aufgabe der Textilarbeiterinternationale. Diese Aktion muß von den Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes erzwungen werden.

Die wirksamste Unterstützung des englischen Streiks aber ist, wenn die deutschen Textilarbeiter überall sofort den Kampf zur Durchsetzung ihrer eigenen Lohnforderungen aufnehmen.

Wie in Ohlau auch in Kanth

Feuerüberfall der Nazis — Ein Arbeiter tot, fünf schwerverletzt — Proleten auf der Anklagebank — Naziwaffentransport durch Kinder

Der 10. Juli ist aus der Geschichte der Sondergerichte bereits bekannt. Am 10. Juli ereigneten sich die Vorfälle in Ohlau, deren Bekanntgabe und prozessuales Nachspiel in ganz Deutschland berechtigtes Aufsehen erregte. Am 10. Juli spielten sich auch die Vorgänge in Kanth, Bezirk Breslau, ab, die den Gegenstand des gestern beginnenden Monstre-Prozesses vor dem Breslauer Sondergericht bildeten. Der Vorfall in Kanth unterschied sich von dem in Ohlau nur dadurch, daß hier die Ueberfallsabsichten der Nationalsozialisten zur Ausführung gebracht wurden und zum blutigen Ende führten. In Kanth wurde ein Zug der „Eisernen Front", der sich anläßlich eines Roten Tages auf dem Wege von Gnichwitz nach Rackschütz befand, aus einem Grundstück der Bahnhofstraße plötzlich und ohne irgendwelche Veranlassung beschossen. Auf der Strecke blieben ein Toter und nicht weniger als fünf Verletzte. Von der Polizei wurden die Kameraden der Eisernen Front, die nun in berechtigter Notwehr in das Haus eindrangen, festgenommen.

Das Prozeßbild entsprach auch hier ganz und gar der bisherigen Praxis der Anklageerhebung an den Sondergerichten. Auf der Anklagebank saßen 9 Angehörige der Eisernen Front, der KPD und parteilose Arbeiter, die sich wegen Landfriedensbruch und schwerer politischer Ausschreitungen zu verantworten hatten. Obwohl die Nationalsozialisten die ganzen Ereignisse durch ihren hinterlistigen Feuerüberfall erst heraufbeschworen haben, sind von ihnen nur vier angeklagt. Aber die Anklage gegen sie lautet nicht auf vorsätzliche Tötung, sondern — nichts charakterisiert das Klassengesicht der Anklageerhebung deutlicher — auf Uebertretung der Waffenmißbrauchnotverordnung, trotzdem sie mit rauchendem Schießeisen in dem Grundstück, aus dem heraus der Zug der Eisernen Front beschossen worden war, von der Polizei angetroffen wurden.

Die Vernehmung der Angeklagten ließ keinen Zweifel, daß es sich in Kanth um einen gemeinen und hinterlistigen Ueberfall der Nationalsozialisten handelt. Die Anklageerhebung aber hat die Vorfälle zum Gegenstand ihrer Ermittelung gemacht, die eine Folge des nationalsozialistischen Feuerüberfalls waren — und auf diese Weise das Prozeßbild einseitig zuungunsten der neun Angeklagten aus den Reihen der proletarischen Parteien verschoben. Nicht ganz unbeteiligt scheint dabei die Kanther Polizei gewesen zu sein. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß einige Angeklagte, wie zum Beispiel der Angeklagte Pawel, mehrmals verhaftet und wieder entlassen wurden. Dabei zeigt gerade dieser Vorfall mit furchtbarer Deutlichkeit die schwere Schuld der Nationalsozialisten.

Die Beweisaufnahme begann mit der Vernehmung der Polizei. Bei den Aussagen der Polizeibeamten, die gelegentlich der Vorfälle in Kanth eingegriffen haben, fällt eine gewisse Vorsicht auf. Der Polizeiwachtmeister Wolff belastet vor allem den SPD-Genossen Weiß und den Mitangeklagten Klinner, Mitglied des Roten Massenselbstschutzes. Weiß soll auf den Angeklagten Nationalsozialisten Vater eingeschlagen haben. Der Angeklagte Weiß entgegnet auf diesen Vorwurf, er habe gesehen, wie Vater schoß und daraufhin ein Stück Holz genommen, um dem Schützen den Revolver aus der Hand zu schlagen. Der Polizeiwachtmeister Wolff will selbst von Weiß geschlagen worden sein, während er Klinner auf der Straße angebliche Hetzreden führen gehört hat. Der zweite Zeuge, Polizeiwachtmeister Michael, gibt im wesentlichen dieselben Angaben. Er hat außerdem zwei Nationalsozialisten in Schutzhaft genommen, die sich unter einem Bett versteckt hatten, und in deren Nähe sich eine sicher nicht zum Vergnügen daliegende Axt befand. Es ist natürlich verfehlt, anzunehmen, daß diese Nationalsozialisten angeklagt waren. Der dritte Polizeibeamte fand bei dem nationalsozialistischen Ziegeleitechniker Kann einen Trommelrevolver. Von der Vernehmung weiterer, als Zeugen geladener Polizeibeamten konnte das Gericht bald wegen der Gleichförmigkeit ihrer Aussagen Abstand nehmen. Die Zeugin Heinke, die bekunden will, daß ein Reichsbannermitglied auf einen bei einem Eiswagen stehenden Trupp Nationalsozialisten einen Schuß abgegeben habe, verwickelt sich dabei in heftige Widersprüche.

Wichtig sind die Aussagen des sozialdemokratischen Parteisekretärs Schiffer, der den Zug der „Eisernen Front" an dem betreffenden Tag führte. Er bemerkt zunächst,

daß schon am 3. Juli Genossen der jungen Front in Rackschütz von Nationalsozialisten überfallen wurden. Ferner ist ihm bekannt geworden, daß die Rackschützer Nationalsozialisten am Vormittag des 10. Juli eine Schießübung abhielten. Gerüchte von einem geplanten Ueberfall der Nationalsozialisten auf den Zug der „Eisernen Front" sind ihm mehrfach zu Ohren gekommen.

Nach den Kanther Vorfällen hat Schiffer die Polizei aufgefordert, den Zug der „Eisernen Front" nach Rackschütz zu begleiten. Die Polizei hat das mit dem Vermerk, daß ein zweiter Ueberfallwagen unterwegs sei, abgelehnt. In der Aufregung scharfe Worte gegen die Polizei gebraucht zu haben, bestreitet Schiffer auf die Vorwürfe der Polizeibeamten hin nicht. In dem Dorfe Zobten kam dem Zuge der „Eisernen Front" ein Mann mit der Nachricht entgegen, die Nationalsozialisten von Rackschütz lägen an einem nahen Waldesrande. Diese Nachricht wurde dem sozialdemokratischen Parteisekretär Schiffer kurz vor Rackschütz von anderen Zivilpersonen bestätigt. Und so ist es wohl nur dem Umstand zu verdanken, daß der Zug der „Eisernen Front" auf das nachkommende, bereits gemeldete Ueberfallkommando wartete, wenn weitere Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten vermieden wurden.

Eine überraschende Bekundung machte der als Zeuge vernommene acht Jahre alte Schüler Werner. Werner hat von dem Dienstmädchen des Amtsgerichtsrats Geisler, Kanth, den Auftrag erhalten, einen Wäschekorb und einen Reisekoffer zu dem Angeklagten Vater hinzufahren. Er hat den Korb zusammen mit einem anderen Jungen namens Babst aus Neugierde geöffnet und dabei Eisenschienen und „etwas Rundes" gesehen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich ein ähnlicher Gegenstand auch auf dem Richtertisch befinde, greift der Junge nach einem der dort liegenden, den Nationalsozialisten abgenommenen Revolver. Der Schüler Werner bekundet dann, unter den Wäschestücken weitere Revolver gesehen zu haben. Aus seiner Beschreibung geht hervor, daß sich unter den transportierten Sachen auch ein Gewehr befunden haben muß. Werner hat für diesen überaus wichtigen Waffentransport eine Düte Eis erhalten.

Der Angeklagte Vater behauptet gegenüber diesen belastenden Aussagen, dem von dem Amtsgerichtsrat Geisler entlassenen Mädchen aus Gefälligkeit (!) die Sachen eingestellt zu haben. Wir wissen zwar, daß auch die Anklagebehörde diesen Vorfall bagatellisieren wird, zumal es sich hier um die Aussage eines Kindes handelt. Aber es besteht wohl kein Zweifel, daß sich die Nationalsozialisten die unerfahrenen Kinder mit Absicht für diesen wichtigen und gefährlichen Waffentransport aussuchten. Hält man dazu die Aussagen des sozialdemokratischen Parteisekretärs Schiffer und die Veranlassung der Vorgänge in Kanth, so steht

der bewußt und mit voller Überlegung ausgeführte Überfall von nationalsozialistischer Seite nicht mehr im Zweifel

Der Prozeß, zu dem die Polizei wiederum umfassende Absperrungsmaßnahmen traf, wird voraussichtlich bis Freitag dauern. Wir setzen den Bericht über den weiteren Verhandlungsverlauf in den nächsten Nummern der SAZ fort.

E. K.

Heute! Donnerstag!

Reichstagauflösung—was nun?

Über dieses Thema spricht in öffentlicher Versammlung am
Donnerstag, den 15. September, 20 Uhr,
im Bergkeller, Kletschkaustraße, der Genosse

Paul Frölich, Berlin

SAP Breslau

Unkostenbeitrag: Verdiener 30 Pfg. Erwerbslose 20 Pfg.
Verdienende Mitglieder 20 Pfg. Erwerbslose Mitglieder 10 Pfg.

Manche lernen es nie

Wieder einmal Diskussionen um die Einheitsfront

Mit der stillen Hoffnung, daß die KPD-Genossen des Stadtteils Scheitnig von ihrer sturen, durch das Z. K. zudiktierten Haltung in der Frage der Einheitsfront vielleicht doch einmal abwichen, setzten sich vor einigen Tagen Genossen, die dem ehemaligen Kampfausschuß angehörten, zu einer Besprechung zusammen. Seit Mitte Juli ruht in Scheitnig die Einheitsfrontarbeit, weil die Leitung der KPD hartnäckig den Willen der zentralen Vertreterversammlung der Betriebe und Organisationen vom 16. Juli sabotiert.

Auf die Frage unserer Genossen, warum die KPD nichts während dieser Zeit getan habe, erklärten die KP-Genossen: „Nun, es war ja Burgfrieden". Eine solche Antwort richtet sich selbst. Jeder Kommentar erübrigt sich hierbei!

Bekanntlich wurde damals von der Versammlung die Verschmelzung des „Provisorischen Kampfausschusses" mit dem „Aktionsausschuß gegen Faschismus und Krieg" von der überwältigenden Mehrheit der Konferenz verlangt, um den geradezu chaotischen Zuständen und dem verwirrenden Nebeneinander aller Einheitsfrontorgane Breslaus ein Ende zu bereiten.

Um es aber vorweg festzustellen: Die neuerliche Besprechung in Scheitnig hat nicht den geringsten Erfolg gehabt. Die Kommunisten waren der Meinung, daß alles beim Alten bleiben müßte, trotz der achtwöchentlichen Ruhe, und daß sie sich nicht an die Beschlüsse der Konferenz vom 16. Juli zu halten hätten. Für die KPD sprach Genosse N. Nicht — wie er behauptete — als „Vertreter der KPD", sondern als „überparteilicher Proletl" Er schlug eine Erwerbslosenversammlung für den Stadtteil Scheitnig vor und forderte auf, daß wir für eine oppositionelle Betriebskonferenz am Freitag werben sollen. Von wem und zu welchem Zwecke diese Konferenz einberufen ist, ließ sich leider nicht genauer feststellen.

Unsere Genossen stellten fest, daß der Kampfausschuß nach wie vor bestünde, und daß wir uns nach wie vor an die Beschlüsse der Konferenz vom 16. Juli halten.

Da aber in dieser Frage keine Einigung zu erzielen sei, schlugen unsere Genossen vor, neue Wege zur Zusammenarbeit zu suchen. Als Grundlage für diese Arbeit schlagen wir vor:

1. Eine zentrale Versammlung im Zirkus Busch, die von der SAP, KPO und KPD einberufen ist;
2. die Aktionen in die Stadtteile zu verlegen

Diese Vorschläge wurden von den KPD-Genossen abgelehnt.

Interessant war das Zugeständnis der KPD-Genossen, daß gerade mit Hilfe der SAP dem faschistischen Terror bis zum 31. Juli wirksam Halt geboten gewesen sei, und das Zugeständnis, daß ein großer Erfolg im Sinne des Proletariats zu erzielen gewesen wäre, wenn wir auch nach der Wahl zusammengearbeitet hätten.

Das ist durchaus richtig! Die Genossen der KPD verkennen aber nach wie vor die Rolle der Partei im Klassenkampf und beweisen damit, daß sie in der Frage der Einheitsfront bisher nichts gelernt haben.

Wir müssen aber unserseits zwar für die Einheitsfront eintreten, aber auf das schärfste betonen, daß wir uns nicht dazu hergeben werden, auch nur irgendwelche Wahlpropaganda für die KPD zu machen.

Achtung! Otto Zimmermann wieder einmal in Breslau

Er gestaltet für die proletarische Kultur-gemeinschaft am Donnerstag, den 22. September, 19.30 Uhr, bei Hoffmann in Pöpelwitz eine Abendveranstaltung.

Eintritt im Vorverkauf für Erwerbslose 25 Pfg., für Verdiener 35 Pfg., an der Abendkasse 10 Pfg. teurer. — Bewachter Fahrradstand gratis.

Vorverkaufsstellen: Arbeitersportzentrale, Volksbühne, DMV-Büro Gewerkschaftshaus, Sternbücherei Gneisenaustraße 5, SAP-Büro, Zeitungsträger der SAZ und Funktionäre der Arbeiterbewegung.

„Vereinigte Theater" nach wie vor

Anläßlich der Eröffnung des Gerhart-Hauptmann-Theaters hat sich in vielen Teilen des Publikums die Ansicht gebildet, daß die Breslauer Volksbühne auch die Leitung des Gerhart-Hauptmann-Theaters übernommen hätte. Dies ist ein Irrtum. Die Volksbühne hat lediglich das Grundstück erworben und das Theater umgebaut. Das Theater ist aber nach wie vor an die Vereinigte Theater G. m. b. H. in Breslau verpachtet, deren Geschäftsführer, Intendant Paul Barnay, des Lobe- und das Gerhart-Hauptmann-Theater in derselben Form weiterführt wie bisher.

SAP für Winterhilfsmaßnahmen

Breslau, 14. September.

Antrag der Stadtverordneten-Fraktion der Sozialistischen Arbeiterpartei

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zur Linderung der Not aller vom Städtischen Fürsorgeamt betreuten Bürger folgende Winterhilfsmaßnahmen durchzuführen:

1. **Für die Monate November bis März werden Kohlen- und Lebensmittelscheine in demselben Umfange wie in den Vorjahren ausgegeben.**
2. **Nach Prüfung des Einzelfalles ist unentgeltlich Winterkleidung zu gewähren.**

Ohne Licht gefahren

Zwei Motorradunfälle — 2 Tote

Muskau, 14. September.

Der 44 Jahre alte Arbeiter Robert Kunstmann von hier wurde von einem Motorradfahrer überfahren und auf der Stelle getötet. Der Motorradfahrer, der ohne Licht fuhr, kümmerte sich nach Aussagen eines Begleiters des Ueberfahrenen nicht um diesen, sondern fuhr einfach weiter.

•

Leobschütz, 14. September.

Auf der Chaussee Bladen-Badowitz wurde der Büchsenmacher Wenzel aus Leobschütz mit zertrümmertem Schädel neben seinem Motorrad liegend tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er auf dem Heimwege von der Jagd gegen einen Baum gefahren ist.

Spanische Schatzschwindler

Von der Polizei wird mitgeteilt: Die sogenannten „Spanischen Schatzschwindler" haben ihre Tätigkeit in Deutschland wieder aufgenommen. Es handelt sich um Betrüger, die in Abständen von einigen Jahren aus Madrid oder Barcelona an deutsche Bürger — vor allem finanziell gut gestellte Geschäftsleute — Schwindelbriefe versenden. Während der Briefschreiber in früheren Briefen Hauptmann (Zahlmeister) gewesen sein und sich wegen Teilnahme an einem „politischen Komplott" (Streng national natürlich! — Damit läßt sich immer Geld machen!) in Haft befinden will, behauptet er jetzt, wegen Bankerotts in Gefangenschaft zu sein. Der Häftling will ein größeres Vermögen bei seiner Bank deponiert haben. Die Depotscheine will er in einer Reisetasche verwahrt haben, die an einer bestimmten Stelle gegen Einlösung eines Betrages abzuholen ist. Hierbei soll eine angeblich schutzlose 16jährige Tochter des Häftlings eine bestimmte Rolle spielen. Für die geleisteten Dienste verspricht der Schwindler den Briefempfängern den dritten Teil seines großen Vermögens, das er mit etwa 300 000 M. bezeichnete. — Die Täter waren früher bereits festgenommen und scheinen jetzt wieder ihr Unwesen zu treiben. Es handelt sich um einen Deutschen und einen Spanier, die sich in Spanien, wahrscheinlich in Madrid, aufhalten.

Herbst-Topfmarkt

Wie alle Jahre sind auch in diesem Herbst auf dem Neumarkt die Topfhändler erschienen — auffälliger Weise diesmal recht zahlreich.

Entsprechend der Wirtschaftskrise werden fast 50 Prozent aller Waren mit „kleinen Fehlern" angeboten und sind daher im Preise stark herabgesetzt, so daß wir gerade unseren Genossinnen den diesjährigen Topfmarkt zu billigem Einkauf empfehlen können.

Eine proletarische Leihbücherei

Allen, die Sehnsucht haben, mal für billiges Geld ein gutes proletarisches Buch zu lesen, empfehlen wir die „Sternbücherei" am Gneisenauplatz 5, die durch einen Klassengenossen geleitet und unterhalten wird. Neben Romanen aus dem Neuen Rußland, ausgesprochenen politischen Romanen, Frauenromanen, findet man auch Unterhaltungsbücher — ganz abgesehen von Jack London und Traven. Pfand ist nicht zu hinterlegen.

Proleton-Vorschau

Ab Freitag läuft im Proleton der von der proletarischen Presse stark angegriffene Film „Frankenstein", der ein typisches Produkt des Verfalles der bürgerlichen Kultur ist und daher als Schulbeispiel für alle Proleten sehenswert ist.

Ein Film von besonders künstlerischem Wert ist „Berlin Alexander-Platz" — eine Geschichte von Franz Biberkopf — mit Heinrich George. Ein Film vom heutigen Berlin, mit der heutigen Not, mit den heutigen Menschen. Bilder der Zeit spannend in der Großstadt-Atmosphäre. Ein Film, welcher Aufsehen erregt.

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft?
Sozialistische Arbeiterhilfe; Büro: Kl. Holzstr. 3.

Allgemeine Wohlfahrtsberatung
Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr im Büro, Kleine Holzstr. 3

Gefangenenfürsorge
Auskunft Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr

Warum besitzen wir die besten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau?

1. Weil wir den Getreidefeinsprit von dem neuerbauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neuerbauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahrsten Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).
2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . . 25% Ltr.-Fl. 1.40
Feiner alter Breslauer der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
Fache Edelmarke mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29% Ltr.-Fl. 1.70
Fache Krem rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 1.90
Fache Exquisit pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 18% Ltr.-Fl. 2.30

Fache-Getreidekorn-Marken:

Fache Weizenkorn der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . 32% Ltr.-Fl. 2.20
Fache Roggenkorn die Elite-Qualität . . 32% Ltr.-Fl. 2.20
Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesenes 32% Ltr.-Fl. 2.60
Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken d. Kontinents. 32% 0,8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.50

ohne Flasche

25 eigene Verkaufsstellen!

Versand in Breslau frei Haus, auswärts gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollvergütung

Französischer Militärzug in eine Schlucht gestürzt

120 Fremdenlegionäre tot

Paris, 14. September.

Havas meldet aus Oran: Ein Zug, der 510 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Fremdenlegion von Bel-Abbes nach Udscha beförderte, ist heute nachmittag in der Gegend von Tlemcen in eine Schlucht gestürzt. Nach den ersten Meldungen sind 50 Tote und 80 Verletzte zu verzeichnen. Die Katastrophe soll auf einen durch starke Regengüsse verursachten Bahndammbruch zurückgehen.

•

Nach einer neuen Havas-Meldung aus Oran hat das Bahnunglück 100 Todesopfer gefordert. Die Zahl der Verletzten belaufe sich auf mehr als 100.

•

Die Zahl der Todesopfer des Militärzugunglücks bei Tlemcen in Algerien wird — wie Havas aus Oran meldet — auf 120 geschätzt, die der Verletzten, unter denen sich sehr viele Schwerverletzte befinden, auf 150. Da die Wagen quer und untereinander festgeklemmt in der Schlucht liegen, ist die Bergung der Opfer sehr schwierig. Außerdem sind die Verkehrsmöglichkeiten zur Unfallstelle äußerst ungünstig.

Ein toller Überfall

Geldtransport in Charlottenburg überfallen — 4 Beamte niedergeschossen

Berlin, 15. September.

Vor dem Rathaus Charlottenburg wurde heute in der neunten Vormittagsstunde ein toller Ueberfall verübt, bei dem den Banditen etwa 40 000 Mark in die Hände fielen. Alltäglich werden die Einnahmen der Straßenbahnen und Autobusse, die in einem großen Bahnhof in der Helmholtzstraße untergebracht sind, in der neunten Vormittagsstunde nach der Girokasse, die sich im Charlottenburger Rathaus befindet, abgeliefert. Auch heute waren einige Autos mit mehreren Kassetten, die hauptsächlich Silber- und Kleingeld enthielten, mit dem Abtransport des Geldes beauftragt.

Während mehrere Beamte damit beschäftigt waren, das Geld auszuladen, fuhr plötzlich ein elegantes Auto vor, dem 4 junge Burschen entsprangen. Noch ehe sich die Beamten zur Wehr setzen konnten, zogen alle vier Revolver aus den Taschen und eröffneten ein Schnellfeuer auf die Beamten, von denen 4 getroffen zu Boden sanken. Dann ergriffen sie drei Kassetten, worauf sie in ihr Auto sprangen und davonrasten.

Die BVG nimmt an, daß etwa 40 000 Mark den Räubern in die Hände gefallen sind. Die Tat muß von Leuten ausgeführt worden sein, die über die Ablieferung der Gelder genau Bescheid wußten. Obwohl zur Zeit des Ueberfalls bereits starker Verkehr vor dem Rathaus herrschte, waren die Zeugen des Ueberfalls so überrascht, daß die Täter unerkannt entkommen konnten.

Die Opfer des Ueberfalls sind: Der Betriebsbahnhofsvorsteher Meyer, der in das Krankenhaus Westend transportiert wurde. Sein Zustand ist Besorgnis erregend. Weitere Verletzungen erlitten der Chauffeur des Autobusses, ein Kassengehilfe und ein Ueberwachungsbeamter.

Wie Frau Bruscato ermordet wurde

Berlin, 14. September.

Auf dem Anhalter Bahnhof ist heute abend aus Stuttgart der Polizeitransport mit dem Mörder der Frau Bruscato eingetroffen. Der Mörder, der 23 Jahre alte Friedrich Stark, hat den Polizeibeamten während der Eisenbahnfahrt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach wollte er sich — wie er es schon zwei Tage zuvor an anderen Stellen getan hatte — auch bei Frau Bruscato einmieten, um einen Diebstahl zu begehen. Am 8. d. Mts. sprach er gegen 12 Uhr bei Frau Bruscato vor. Diese zeigte ihm einige Räume. Es gefiel ihm dabei insbesondere das Zimmer, in dem bisher ein Fräulein H. gewohnt hatte, und in dem dann der Mord geschah. Frau B. verlangte auf den Mietspreis eine Anzahlung von 5 Mark. Er leistete sie, bedauerte es aber bald darauf, weil er argwöhnte, daß er bei Frau B. eine entsprechende Beute nicht finden würde. Stark forderte die 5 Mark zurück. Da Frau B. sich weigerte, die Anzahlung zurückzuerstatten, entstand ein Streit, in dessen Verlauf der Bursche die Frau niederschlug. Dabei biß sie ihn in den Daumen. Stark empfand heftige Schmerzen und würgte die Frau. Alsdann nahm er ein Tuch, schlang es ihr um den Hals und drehte es zu, bis sich die Unglückliche nicht mehr rührte. Er warf sie über das Ruhebett, wo sie als Leiche gefunden wurde.

In aller Ruhe machte sich der Mörder daran, die Wohnung zu durchsuchen. Aus dem Geldtäschchen der Frau B. nahm er etwas Kleingeld und seine 5 Mark. Dann durchsuchte er den Schrank des Dr. Wantrup, aus dem er Kleidungsstücke stahl. In seinem Geständnis bestreitet Stark, daß er sich an der Frau unsittlich vergangen habe.

Als der Transport auf dem Anhalter Bahnhof eintraf, hatten sich draußen auf dem Platz vor dem Bahnhof zahlreiche Menschen angesammelt, die in Schmähruse ausbrachen.

Azetylenflasche explodiert

Hannover, 14. September.

Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache explodierte heute vormittag in der Materialwerkstatt der Continental-Gummiwerke eine Azetylenflasche. Ein unmittelbar in der Nähe stehender Schweißapparat flog ebenfalls in die Luft. Durch den starken Luftdruck wurde das Dach der Werkstatt abgehoben und die gesamte Einrichtung stark beschädigt. Einige Personen sind leicht verletzt worden. Die Höhe des Schadens ist noch nicht zu übersehen.

Zwei Motorkutter in der Nordsee verschollen

Wilhelmshaven, 14. September.

Am letzten Sonnabend sind zwei Fischer mit je einem Motorkutter von Wilhelmshaven aus zum Krabbenfang in See gefahren. Da die Schiffe bis heute nicht heimgekehrt sind, nimmt man an, daß sie in Seenot geraten sind. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Beide Motorkutter hatten je zwei Mann Besatzung.

Sechs Bauernhöfe niedergebrannt

Straßburg i. Elsaß, 15. September.

In Hüttenheim brannten in der vergangenen Nacht sechs große Bauernhöfe nieder. Der Schaden soll 700 000 Francs betragen

Wohin?

Stadttheater (Opernhaus). Heute, Donnerstag, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. D 2), „Der Opernball". Morgen, Freitag, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. C 2), „Der Freischütz". Sonnabend, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. G 2), „Die Boheme". Sonntag, 19.30 Uhr, in Neuinszenierung Lehars Operette „Der Zarewitsch.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe Breslau

Am 17. September Kartoffel- und Heringspartie nach Opperau. Start 20 Uhr Siebenhufener Straße am Freiburger Bahnhof.

Am 18. September Ausfahrt ohne Ziel. Start 13.30 Uhr Hochstr. Die Jugendabteilung und Kindergruppe nimmt daran teil.

Kraftfahrerabteilung: Am 18. September Ausfahrt nach der Winkelmühle. Start 13 Uhr an der Schultheiß-Brauerei. Fahrordnung: In Gruppen; Fahrtleiter: Gen. Haasler.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 168.

Stadtteil Zimpel-Bischofswalde. Heute Fröhliche Versammlung! Radfahrer 19.15 Uhr bei Wittke. Freitag IHV-Frauenversammlung. Genossinnen 19.15 Uhr an der Stadion-Straßenbahnhaltestelle. Die Zimpeler Genossen gehen zur Sitzung ins Parteibüro. — Sonnabend 20 Uhr Versammlung der Proletarischen Klassenwehr bei Wittke. Jedes Parteimitglied muß sich an allen diesen Veranstaltungen beteiligen.

Veranstaltungsgruppe der PKG: Sonnabend, 19.30 Uhr, Probe im Jugendheim, Mehlgasse.

SAP-Genossen des St. P. W.: Heute, 19 Uhr, in der „Stadt Leipzig", Ursulinerstr., Versammlung! Gen. Reimann referiert. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Ortsgruppe Strehlen: Achtung! Montag, 19. 9., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Muschner, Münsterberger Straße. Infolge der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

STADTTHEATER

Donnerstag, 20 — 22.30 Uhr Abonn.-Vorst. D 2
Der Opernball
Freitag, 20—23 Uhr Abonn.-Vorst. C 2
Der Freischütz
Sonnabend, 20 — 22.30 Uhr Abonn.-Vorst. G 2
Die Bohème

LOBETHEATER

Donnerstag, Freitag 20.15 — 22.35 Uhr
Die Journalisten
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.) Reichsdeutsche Uraufführung!
Schuster Anton Hitt
Schauspiel von H. H. Ortner

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Donnerstag, Freitag 20.15 — 22.25 Uhr
Sonntag, 15.30 — 17.40 Uhr
Und Pippa tanzt
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.) Zum 1. Male!
Die versunkene Glocke
Märchendrama von Gerhar. Hauptmann

Genossen Beachtet unsere Inserate!

KABA

das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk

Jetzt billiger: Das Paket 30 u. 60 Pfg.
zu haben bei:
Hugo Rinner, Opitz-Straße 35 Ecke Yorkstraße
Kolonialwaren, Spirituosen
Edeka-Geschäft!

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon E 7 Weichsel 3422
Freitag, 16. Sept. 5.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Freitag, 16. Sept. 5.30 Uhr
Konzert und Varieté 5.15 Uhr
Frühlingsluft

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 22. Sept. 1932
vormittags 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 60 000
Bietungskaution RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

Wo decke ich meinen Bedarf?

OHLAUER TOR

Bruno Sarebe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 75, Ecke Löschstraße

O. Müller
Lebensmittel
Mühlenfabrikate
Molkereiprodukte
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch Karl-Marx-Str. 33

Josef Thomas
Inh.: Johannes Helsig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

SÜD U. SÜDWEST

Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft Brandenburger Str. 21

R. & E. Horvay
Hauptgesch. Hohenzollernstr. 59 Filiale Gräbschenerstr. 52
Kolonialwaren
3% Rabatt auf sämtlichen Waren 3%

Kauft Lebensmittel nur beim Fachmann
Erich Hoffmann
jetzt Sohrauerstraße 38
Telefon 35279

Kolonialwaren — Spirituosen
Edeka-Geschäft Martin Fleischer Augustastraße 20

Roon-Drogerie Inhaber: Karl Hubrich
Foto Farben / Drogen / Gräbschener Str. 215

Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten"

Klara Zetkin gegen Thälmann

Von Max Kohler.

Unter den Schlägen der Papen-Reaktion und der gesteigerten Angriffe der Faschisten gegen die Arbeiterschaft bricht sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des einheitlichen Abwehrkampfes immer mehr Bahn. Die Losung der Sozialistischen Arbeiterpartei: **„Schaffung eines Arbeiterblocks aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen Faschismus und Kapitalsoffensive für den sozialistischen Ausweg"** gibt dieser wachsenden Erkenntnis des gemeinsamen Handelns Ziel und Richtung. Sowohl die Führer der SPD, wie der KPD, versuchen in ihrem Parteiinteresse, zwar von verschiedenartigen Gesichtspunkten aus, den Willen zum gemeinsamen Handeln der Massen zu sabotieren. Sie versuchen durch Organisierung von Parteiaktionen — Eiserne Front, Antifaschistische Aktion — diesen Drang nach Einheit des Handelns der Massen aufzufangen. Die sozialdemokratische Führerschaft, weil sie die einheitliche Aktion fürchtet, die die „Gefahr" der revolutionären Aktion in sich birgt. Die KPD-Führerschaft, weil sie fürchtet, daß sich in diesen gemeinsamen Aktionen klar und eindeutig ihre vollständige Unfähigkeit herausstellen würde, die Massen im revolutionären Kampf zu führen.

Trotz der Sabotage der Führerschaft der SPD und KPD setzt sich der Gedanke von der Notwendigkeit der einheitlichen Aktionen des Proletariats weiter in den Massen durch. Die „Sozialistische Aktion" der SPD — wenn auch heute noch bloßes Propagandamanöver — ist nicht zuletzt unter dem wachsenden Druck der sozialdemokratischen Arbeiter angesichts der fortschreitenden Reaktion entstanden. Die guten Elemente in der SPD und KPD beginnen mehr und mehr gegen die verbrecherische Politik ihrer Führung zu rebellieren. Diesen oppositionell eingestellten Mitgliedern fehlt aber eine wirkliche Führung, die ihre kritische Auffassung zur Politik ihrer Parteiführung in positiver Richtung lenkt. Es ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei, dieser Opposition Ziel und Richtung zu geben. Unsere Prinzipienerklärung und unser Aktionsprogramm gibt uns die Waffen in die Hand, mit denen wir die sozialdemokratischen Arbeiter vom Reformismus weg auf den Boden der marxistisch-kommunistischen Grundsätze führen und die KPD-Mitglieder von der sektirerischen und antikommunistischen Politik der KPD und komminternen Führung loszulösen.

Unser Kampf für die gemeinsame Front ist nicht ohne Wirkung auf die Mitglieder in der KPD geblieben. Schon Mitte Juli gab das Zentralkomitee der KPD ein Rundschreiben heraus, in dem es vor der von uns vertretenen politischen Auffassung warnte. Der Ausgang der Wahlen hat der KPD-Bürokratie zur Unterdrückung dieser Stimmungen eine bessere Chance gegeben. Aber heute wächst die Mißstimmung gegen die sektirerische Politik des Zentralkomitees. Sie trägt doch die Schuld an der vollständigen Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse, wie sie sich am 20. Juli, dem Tag des Papen-Staatsstreiches, zeigte.

Allen Eingeweihten in der KPD ist es bekannt, daß die greise Führerin, Genossin Klara Zetkin, gegen diese sektirerische Politik der KPD-Führung ist, daß sie die Theorie des Sozialfaschismus ablehnt, die RGO-Politik für verhängnisvoll hält und in der Einheitsfront gerade mit der von uns vertretenen Auffassung übereinstimmt. Ihre große Rede, die sie bei der Reichstagseröffnung hielt, war deshalb nicht nur eine Kampfansage gegen die Papendiktatur und ihren Steigbügelhalter, den Faschismus, sondern sie enthielt auch eine scharfe Abgrenzung von der Politik, die von der KPD-Führung betrieben wird. So war es nicht verwunderlich, wenn die „Rote Fahne" nach ihrem Verbot in ihrer ersten Nummer kein Wort über die Rede Klara Zetkins ihren Lesern mitteilte. Wäre Thälmann der Alterspräsident gewesen, so hätte wahrscheinlich die Rote Fahne in großer Aufmachung seine Rede wiedergegeben.

In entscheidendsten Teil ihrer Rede, zu den Aufgaben der Arbeiterklasse, stimmt sie in den Grundtendenzen mit der von uns immer vertretenen Auffassung überein, ohne leider die genügenden Konsequenzen zu ziehen. Wörtlich führte sie nach der „Welt am Abend" aus:

„In diesem Kampf gilt es zunächst vor allem, den Faschismus niederzuringen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen vernichten soll, in der klaren Erkenntnis unserer Feinde, daß die Stärke des Proletariats der Werktätigen am wenigsten von Parlamentssitzen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen ... Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen und damit den versklavten und ausgeplünderten Proletariern die Kraft, die Macht ihrer Organisation zu erhalten, ja sogar ihr bloßes, physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Anschauungen zurücktreten."

Die „trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Anschauungen zurücktreten zu lassen, im Interesse des einheitlichen Kampfes gegen den Faschismus, das ist es, was die Sozialistische Arbeiterpartei fordert, um den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen zu schaffen. Wehren wir gemeinsam, über alle politischen Differenzen hinweg, den Faschismus ab, dann haben wir den ersten Schritt zum siegreichen Vormarsch der Arbeiterbewegung, zum Sturz des kapitalistischen Systems getan.

Gegen diese Auffassung, die von der Genossin Zetkin in ihrer Reichstagsrede vertreten wurde, reitet Ernst Thälmann in der „Internationale", Heft 7/8, eine scharfe Attacke. Selbstverständlich ist die SAP die „linke Filiale" des Sozialfaschismus, die sich bemüht, „die KPD von ihrer revolutionären Strategie und Taktik abzubringen auf eine opportunistische Blockpolitik mit der SPD". Aber diese Politik hat ihre Wirkung nicht verfehlt und aus Thälmanns Artikel entnehmen wir:

„Auch in unseren eigenen Reihen gab es mehrfach Tendenzen des Nachgebens gegenüber diesen Betrugsmanövern der Sozialdemokratie und ihrer „linken" Filiale ... Auch in unseren Reihen tauchte zeitweilig die Neigung zu einer „strategischen Wendung" auf, die faktisch auch eine Liquidierung unserer Generallinie auf eine Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie hinauslief. Diese Einstellung ging davon aus, daß die kommunistische Partei jeweils ihren Hauptstoß gegen denjenigen Flügel in der Front der Bourgeoisie und ihrer Parteien richten müsse, auf den sich die Bourgeoisie vor allem orientiere. Das war früher die Sozialdemokratie. Heute sind es im Zeichen der Papen-Schleicher-Regierung die Nationalsozialisten."

Hauptstoß gegen den Faschismus ist also bei der KPD verboten. Eine solche Auffassung, die sich in ihrer Kampfstellung nach den jeweiligen objektiven Voraussetzungen richtet, nennt Thälmann „eine schematische Einstellung". Und deshalb sieht er nicht, wie Klara Zetkin heute, die Aufgabe darin, „vor allem den Faschismus niederzuringen", und „alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen" vor dieser „zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit" zurücktreten zu lassen, sondern die Orientierung des Hauptstoßes innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie ist bei ihm die Voraussetzung für den Kampf gegen den Faschismus.

Unser Kampf für die Schaffung eines Arbeiterblocks bedeutet nicht die Propagierung eines Einheitsbreies. Wir denken nicht daran, der reformistischen Parteiführung Absolution zu erteilen und ihre arbeiterfeindliche Haltung vor den Massen zu verdecken. Wir denken ebensowenig daran, der KPD-Führung ihre Schuld am Versagen der Arbeiterklasse verdecken zu helfen. Aber wir sind der Auffassung, daß dieser Kampf im Lager der Arbeiterklasse mit Rücksicht auf den Hauptfeind des Proletariats, den Faschismus, und die Offensive des Kapitals so ausgetragen wird, daß „zunächst vor allem eine gemeinsame Kampffront" geschaffen wird. In diesem Kampfe werden wir jede Halbheit, jede Sabotage und jeden Verrat im Interesse der Arbeiterklasse sowohl der SPD wie KPD-Führung rücksichtslos aufzeigen, um den gemeinsamen Kampf für das gemeinsame nächste Etappenziel durchführen zu können.

Die Stimmung, die durch die Rede der Genossin Klara Zetkin gegen den sektirerischen Kurs der KPD-Führung zum Ausdruck kam, ist heute erst bei einem Teil der KPD-Mitglieder vorhanden, aber sie ist im Wachsen begriffen. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, die nach einem Ausweg suchenden Mitglieder der KPD auf den richtigen revolutionären Weg zu führen und sie in ihrem Kampf gegen den sektirerischen Kurs ihrer Führung zu unterstützen. Darum mit verstärkter Kraft den Kampf geführt, für den Arbeiterblock aller Arbeiterorganisationen zur Organisierung von gemeinsamen Protestaktionen gegen die Papenverordnung, gegen den Faschismus.

Kampf an der Kommunalfront

Vorbereitung der Gemeindewahlen im U-B Zwickau

Am Sonnabend tagte im Cainsdorfer Turnerheim die Konferenz der Gemeindevertreter und Ortsgruppenleitungen für den U.-B. Zwickau, um Stellung zu nehmen zu den gegenwärtig in den Gemeinden brennenden Fragen der Erdrosselung der Selbstverwaltung, zum Ausnahmezustand im Gemeinderecht, zur Randsiedlungs- und Arbeitsdienstfrage. Die Konferenz hatte sich hiermit und im umfassenden Zusammenhang mit den politischen Kämpfen zu beschäftigen, mit den Vorbereitungen der Wahlen.

Der Genosse Möckel, Gelenau, hatte das Referat übernommen und sprach über den Niedergang der Gemeinden in der kapitalistischen Krise. Er verfolgte, unterstützt durch seine praktischen Erfahrungen als Bürgermeister, den Zusammenbruch der Gemeindefinanzen, die Abwälzung aller Lasten als einer planmäßigen Abschnürungspolitik, auf die Gemeinden. Der Leidensweg der Gemeinden begann bereits — immer vom Reformismus der SPD unterstützt — im Jahre 1923 mit den Ermächtigungsgesetzen. Er wurde fortgesetzt mit der Kreditsperre, der Drosselung des kommunalen Wohnungsbaues und der prinzipiellen Abwälzung aller Wohlfahrtslasten auf die Gemeinden. Die Bourgeoisie hatte klar das Ziel im Auge, die Selbständigkeit der Gemeinden, die Gemeindedemokratie und Selbstverwaltung zu beenden. Die Ueberführung der kommunalen Wirtschaftssektoren in privat- und gemischtwirtschaftliche waren eine weitere Etappe auf diesem Wege. So gingen die Gemeinden schon mit zerrütteten Finanzen in die akute Krise. Brüning und die SPD schufen dann durch ihre unerhörten Ausnahmebestimmungen und Notverordnungen für Länder und Gemeinden jenen gesetzlosen Zustand, in dem wir uns heute befinden. Fürsorgeabbau, Kommunalfaschismus, Zerschlagung des Wohnungsbaues, Rechtlosmachung der Gemeindekollegien: das sind die Maßnahmen, mit denen heute die Zentralgewalt im Auftrage der Bourgeoisie die Gemeinden knebelt und mit denen sie glaubt, die Lage für sich erträglich zu machen. Angesichts dieser Zustände ist offen und klar zu erkennen, daß die sogenannte Wanzentaktik der SPD — „Eroberung der Gemeinden als Zellen für den Sozialismus" — kläglich Schiffbruch erlitten hat. Wir erkennen die Klassenbedingtheit der Kommunalpolitik und werden

auch in den Gemeinden im schärfsten Kampf um die Reste der Arbeiterrechte kämpfen,

wissend, daß nur die Eroberung der politischen Macht für die Arbeiterklasse den Sieg des Sozialismus bringt. Zu diesem Zwecke wird von uns der Kampf um den Arbeiterblock eine der wichtigsten Aufgaben sein. Unter diesen Erkenntnissen wird auch von uns der Wahlkampf geführt werden.

Freiwilliger Arbeitsdienst und Randsiedlungen werden von uns grundsätzlich abgelehnt. Das war die Meinung der sehr lebhaften Debatte und des Referenten. Der Wahlkampf wird für uns bei dieser Kampfstellung gegen Faschismus, Reformismus und Ultralinkstum der KPD sehr hart werden.

Um die Gefahr faschistischer Mehrheiten zu mindern, werden wir der SPD sowohl als der KPD Listenverbindung vorschlagen.

Die prächtige Kampfstimmung der Konferenz und die organisatorische Bereitschaft aller Ortsgruppen beweisen, daß die Soz. Arbeiterpartei bei uns im Wahlkampf sich gut schlagen wird. „Unsere politische Ueberzeugung muß siegen!" Damit konnte Genosse O. Seidel die Konferenz schließen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

44) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts erklärt:

„Aber die Sache liegt doch so, daß die Arbeiter und Soldaten jetzt vollständig das Heft in der Hand haben. Telephon und Telegraph werden kontrolliert. Wir müssen ein Exempel statuieren. Durch Hunger sind die Matrosen nicht zu bezwingen. Man muß mit großer Macht eindringen und Kiel mit Schiffen beschießen!"

„Die Schiffe kreuzen doch unter roten Fahnen auf der Ostsee!"

„Und gegen 40 000 gut bewaffnete, gut ernährte und ausgeruhte Matrosen stehen im gegenwärtigen Stadium auch keine Truppen zur Verfügung!"

„Ganz im Gegenteil, der stellvertretende Kommandierende General des IX. Armeekorps verlangt bereits dringend militärischen Schutz für andere Küstenorte. In Lübeck sind 500 Matrosen gelandet!"

Der Staatssekretär Erzberger schlägt vor:

„Man muß über Kiel durch Flieger Proklamationen abwerfen lassen, die strenge Strafe androhen und die gleichzeitig dementieren, daß Haußmann ein Amnestieversprechen gegeben habe!"

Doch das Kabinett kommt zu keinem Entschluß.

Der Vizekanzler verliest eine Resolution aus Friedrichsort:

„10 000 Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht!"

Ein Minister meint, in dieser Situation sei die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin nun doch erforderlich.

„In dieser Beziehung hat der Prinz schon alle Stränge gezogen!" bemerkt Dr. Solf.

Ein neues Telephonat von Noske wird gemeldet:

„Noske hat auf Anfrage erklärt, es wird nur ein nutzloses Blutbad geben. Die 40 000 Mann können nicht überwältigt werden. Ein solcher Versuch würde auch jede Verständigung unmöglich machen!"

Der Kriegsminister wirft resigniert ein:

„Die zur Verfügung stehenden Truppen sind auch zu schwach!"

„Aber Noske hat es dazu gebracht, daß das Schießen seitens der Mannschaft aufgehört hat. Auch die Offiziere sind veranlaßt worden, das Schießen aufzugeben. Und er hofft, die Waffen wieder unter Verschluß zu bekommen!"

Die gewaltsame Niederzwingung des Aufstandes wird von der Regierung vertagt, bis der Kriegsminister von Scheüch zu diesem Zwecke geschlossene Formationen aus der Front zur Verfügung hat. Und man einigt sich, dem Abgeordneten Noske mitzuteilen: es bestehe Bereitwilligkeit, einigen der aufgestellten Forderungen zu entsprechen. Im übrigen habe die Regierung das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, mit der „fürchterlichen Sache" einigermaßen fertig zu werden. Prinz Max von Baden lasse ihm sagen, daß er unter allen Umständen in Kiel auf dem Posten bleiben solle!"

Am nächsten Tag in Kiel:

Die 60 Mitglieder des Soldatenrates, aufgefüllt durch Vertreter der Gewerkschaften, haben sich versammelt. Noske hat die Lage geschildert. Er faßt seine Ausführungen zusammen:

„Alles in allem sehe ich sehr düster. Kiel ist von allen Seiten von Gefahren umdroht. Wir müssen so bald wie möglich wieder in einen ordnungsmäßigen Zustand zurück!"

„Wir müssen die Revolution ausbreiten!"

„Flugblätter müssen wir drucken und durch Flieger an der ganzen Wasserkante abwerfen lassen!"

„In ganz Schleswig muß die Republik ausgerufen werden!"

„Immer sachte — — wir dürfen nur in Angriff nehmen, was wir auch durchführen können!" ruft ein Gewerkschaftsvertreter.

„Wir müssen auch an unsere Verantwortung denken!"

Die ihnen auferlegte Verantwortung hat einen Teil der Delegierten schon gelähmt; auch die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre drücken die Stimmung herunter. Die das Haus umlagernden Matrosen haben viel radikalere Forderungen:

„Sämtliche Offiziere müssen verhaftet werden!"

„Alle rauf auf ein Schiff, in die Nordsee und da versenken, — 400 Meter Tiefe wollen wir ihnen bewilligen!"

„Und die anderen Schiffe: Kohlen nehmen, seeklar machen! Und dann Dampf gemacht und nach Kronstadt zu den Bolschewikis!"

„Die großen Hamburg-Amerika-Dampfer nehmen wir auch mit, und dann kommen wir mit einer Armee zurück!"

„Dann wird aufgeräumt, der ganze alte Plunder muß weg!"

„Wir müssen ganz von vorn anfangen, mit ganz neuen Männern an der Spitze!"

Auch Raumschuh und Bonczyk stehen vor dem Haus.

„Du kennst doch den Ali, den von der II. Wache, der ist schon abgehauen. Mit sechs Mann sind die weg. Gewehre und Munition haben sie mitgenommen, — nach Hamburg oder nach Lübeck, glaub ich!"

„Das ist jetzt die Hauptsache, die Revolution weitertragen! In Kiel allein können wir uns nicht halten!"

„Hier in Kiel, das ist jetzt ein Spaß. Hier haben wir die Macht. Und Noske wird's schon machen. Aber Hamburg und Bremen!"

„Berlin ist die Hauptsache, erst wenn Berlin gefallen ist, haben wir's geschafft!"

„Das stimmt, wir hauen auch ab!" meint Raumschuh: „Erst fahren wir mal nach Hamburg, und dann werden wir weiter sehen. Wer kommt mit, Jungens?"

„Nach Hamburg, nicht schlecht. Da können wir gleich mal einen Abstecher nach St. Pauli machen!"

„Und auf der Davidstraße mal wieder ‚Vater Lampel' besuchen!"

„Und die seuten Hamborger Deerns, wat Maxe?"

„Natürlich kippen wir auch mal einen und machen auch mal eine Nachtschicht. Aber die Hauptsache bl[illegible] unsere Bewegung und die Ausbreitung der Revolution!" erklärt Raumschuh.

„Wieviel sind wir denn nun?"

„Brummschick kommt natürlich mit, und Maxe, Fiete, Hein . . . neun sind wir!"

„Das langt, also gleich nach dem Bahnhof. Und wenn kein Zug geht, dann hauen wir zu Fuß ab!"

„Und nachher fahren wir nach Berlin und setzen den Kaiser ab!"

Drin im Saal liest Noske die Punkte vor, welche die Regierung den Matrosen zugestehen will, falls sie sofort auf die Schiffe und in die Kasernen zurückkehren und die alte Ordnung wiederherstellen:

1. Straffreiheit für alle an der jetzigen Bewegung Beteiligten.
2. Amnestie für die wegen der vorjährigen Bewegung in der Flotte Verurteilten.
3. Beschleunigte Herbeiführung des Waffenstillstandes.
4. Beschleunigung der Abdankungsfrage.
5. Weitere Reformen und Demokratisierung des Staates.

Artelt springt auf:

„Nur nicht klein beigeben, Genossen! Wir können warten. Nicht die Regierung hat Bedingungen zu stellen und Punkte aufzusetzen, sondern wir . . ."

Noske läßt Artelt ruhig aussprechen. Mit etwas in die Schultern eingezogenem Kopf steht er da und wartet ab. Und nachher sagt er ganz langsam:

„Die Bewegung hat zwar in Kiel gesiegt, aber Kiel ist isoliert. Und wenn die Zufuhr von Lebensmitteln ins Stocken kommt, und wenn Berlin kein Geld mehr schickt, was dann?"

Die im Dienst der Gewerkschaften ergrauten Funktionäre sehen mit besorgten Mienen auf ihren Führer und nicken zustimmend.

Die USP-Leute verlangen Parität:

„Ein USP-Führer muß Noske beigeordnet werden!"

„Warum bloß Haase noch nicht eingetroffen ist!?"

„Das Telegramm an Haase ist sicher unterschlagen worden!"

(Fortsetzung folgt.)

Erfolgreicher Buchdrucker-Streik

Die Belegschaft der großen Berliner Buchdruckerei von H. S. Hermann trat am Dienstag nachmittag geschlossen in den Streik gegen angekündigten Abbau der übertariflichen Löhne um 50% mit gleichzeitigen Kündigungen zur Durchsetzung dieser Maßnahme.

Nach eintägigem Streik hat die Firma vollkommen kapitulieren, den Lohnabbau restlos zurücknehmen und ohne Maßregelung alle Kollegen wieder einstellen müssen.

Ein neuer Beweis, welche Erfolgsmöglichkeiten bei entschlossenem und einheitlich geführten Kampf bestehen.

Seeleute-Streik siegreich

Haag, 14. September.

WTB. In einer heute hier abgehaltenen Sitzung von Vertretern der größten holländischen Schiffahrtsgesellschaften und der Streikleitung der Seeleute wurde über die Beilegung des Streiks ein Einvernehmen erzielt.

Die getroffene Vereinbarung sieht vor, daß bei sechs großen Gesellschaften die bisherigen Bezüge und sonstigen Arbeitsbedingungen bis zum 31. März 1933 aufrechterhalten bleiben. Alle Seeleute müssen wieder eingestellt werden.

Da es sich vor allem um die Abwehr des geplanten Lohnabbaus handelte, ist der Abschluß ein voller Sieg der streikenden Seeleute.

Gehaltsabbau im Braunkohlen-Bergbau

WTB. Halle a. S., 14. September.

Heute fanden erneute Parteiverhandlungen über die Angestelltengehälter in der Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie statt, die nach mehrstündiger Dauer auf Donnerstag nachmittag vertagt wurden. Der Tarifausschuß des Arbeitgeberverbandes will in der Zwischenzeit zu den schwebenden Fragen eingehend Stellung nehmen.

Trotz glänzender Gewinne und Dividenden auch in der Krisenzeit, trotz riesiger Steigerung der Arbeitsleistung, verbunden mit Massenentlassungen, sollen den Angestellten die Gehälter erneut um 15% gekürzt werden.

So sieht der „Aufbau" der Papen-Regierung aus

Massenentlassungen auch in Ostoberschlesien

Kattowitz, 14. September.

CNB. Die Arbeitsmarktlage in Ostoberschlesien, die in der letzten Zeit eine Besserung aufzuweisen schien, hat sich nun wieder verschlechtert. So wurde auf der Max-Grube in Michalkowitz 600 Arbeitern gekündigt. Außerdem sollen 25% der Angestellten in der nächsten Zeit „beurlaubt" werden.

Vor neuen Arbeiter-Entlassungen

Dortmund, 13. September.

WTB. Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks „Friedrich der Große" in Herne hat Betriebseinschränkungen auf ihrer Zeche „Friedrich der Große" in Herne angekündigt. Zur Entlassung sollen 500 Arbeiter kommen. Als Grund dieser Maßnahme wird Arbeitsmangel angegeben. Die Abkürzung der Sperrfrist ist beantragt worden

128 Arbeitslager des Reichsbanners

Berlin, 14. September.

CNB. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist heute hier zusammengetreten. Nach Darlegungen des Bundesführers Höltermann und der übrigen Mitglieder, denen zufolge auch der neue Kampf um die Sicherung der Rechte des Volkes mit aller Energie und unter Einsatz aller Kräfte geführt werden soll, wurde eine Reihe grundlegender Beschlüsse für die nächsten Arbeiten des Reichsbanners gefaßt. Ein Bericht über die Tätigkeit im Freiwilligen Arbeitsdienst ergab, daß das Reichsbanner zur Zeit 128 offene und geschlossene Arbeitslager unterhält. Einstimmig faßte der Bundesvorstand sodann noch den Beschluß, die Zugehörigkeit zur Sozial-Republikanischen Partei (Hörsing) für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner zu erklären weil diese Gruppe wiederholt und systematisch in der Presse und in Versammlungen in organisationsschädigender Weise gegen das Reichsbanner vorgegangen sei

Russische Naphtha-lieferungen nach Frankreich

Moskau, 14. September.

Zwischen einer Gruppe französischer Importeure unter Leitung der Gesellschaft „Petrolina Française" und dem „Sojuznaphtexport" ist ein Vertrag über die Lieferung von zwei Millionen Tonnen Naphthaprodukten unterzeichnet worden. Der Vertrag läuft mit dem 31. August 1937 ab.

Der Konjunkturschwindel geplatzt

Schon wieder Flaute an allen Börsen

Im „Vorwärts" kann man lesen:

„Die auf den deutschen Wertpapierbörsen in den letzten Tagen eingetretene Ernüchterung hat auch weltwirtschaftliche Gründe. Mit dem Silberstreifen in der Weltwirtschaft, der monatelang durch Kurs- und Preissteigerungen auf den Effekten- und Rohstoffbörsen eine Besserung der Konjunktur deutlich anzuzeigen schien, sieht es gegenwärtig wieder etwas flau. Die New Yorker Börse hatte schon vor etwa acht Tagen ihre Höchstkurse überschritten. Der Stimmungsumschlag ist in New York in den allerletzten Tagen noch stärker geworden. Das hängt vor allem damit zusammen, daß sich der Optimismus auf den Rohstoffmärkten vielfach als übereilt erwiesen hat. Die Baumwollpreise sind auf einen neuen Bericht des amerikanischen Ackerbauamts hin relativ stark gesunken, die Weizenpreise gingen zurück, und der ganze Metallmarkt lag schwach. Die künstliche Kupferhausse ist schon gestoppt, die Blei-, Zinn- und Zinkpreise sind gesunken. Nicht anders ist es beim Gummi. Diese Entwicklung war Wasser in dem Wein der Börsenspekulation. Von New York hat sich der Rückschlag nach London, Paris, Amsterdam und Brüssel fortgepflanzt, und der Rückschlag auf den deutschen Wertpapierbörsen in den letzten Tagen entspricht durchaus dieser internationalen Tendenz."

Kein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse kann von diesem schnellen Zusammenbruch des künstlich erzeugten Wirtschafts-„Optimismus" und der dementsprechenden Börsenhausse überrascht sein, am wenigsten die treibenden Kräfte dieses Konjunkturschwindels. Aber — zum mindesten für Deutschland hat dieser Schwindel doch einen Zweck erfüllt. Der „beginnende Konjunkturaufschwung" diente bekanntlich der Papenregierung zur Begründung ihrer Wirtschaftsverordnung. Mit dem berühmten „Silberstreifen am Horizont" sollten nicht nur die Gelder aus den „Sparstrümpfen" gelockt und der „Geschäftswelt" neue Hoffnung und Zutrauen zur Papenregierung eingeflößt, sondern auch, und das vor allen Dingen, der Arbeiterklasse der Lohnraub schmackhaft gemacht werden. Sie sollte in die „bessere Zukunft" starren, damit ihr jetzt das Fell um so leichter über die Ohren gezogen werden kann.

Der ganze „Aufschwung"-Schwindel endet jetzt damit, daß die Diktatur-Verordnung erlassen, inzwischen „Gesetz" geworden ist. Für die Börsianer in aller Welt dagegen war es ein Manöver, um einmal wieder Tausenden von Dummen durch Ueberredung zum Kauf von Wertpapieren ihr Geld abzuschwindeln.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft kann durch alle diese Manöver nicht mehr irritiert werden. Sie weiß, es gibt für sie nur einen „Aufschwung", nur eine Besserung ihrer Lage, das ist der Sturz des Kapitalismus und die nur durch revolutionären Kampf zu errichtende sozialistische Wirtschaftsordnung.

Lohnabbau, Tarifzerschlagung — was tun die Gewerkschaften?

Betriebsräte vor die Front!

A. H. Die neue Verordnung der Regierung Papen setzt die im Juni 1930 begonnene Offensive gegen die Löhne und Gehälter der deutschen Arbeiterklasse fort. Seit Juni 1930 jagte ein Lohnabbau den anderen, angeblich um die Wirtschaft zu retten, um den Arbeitslosen Brot und Arbeit zu bringen. Und was ist die Folge dieser Politik? Die amtlichen Erwerbslosenziffern waren im Juni 1930 2 705 000 und 5 395 000 im Juli 1932, in Wirklichkeit sind die Ziffern viel höher, mit 8 Millionen dürfte die jetzige Arbeitslosenziffer nicht zu hoch gegriffen sein, davon sind rund 4 Millionen fast ohne jede Unterstützung.

Mit allen möglichen Experimenten wollte man die Wirtschaft „ankurbeln" und Arbeit schaffen und erreichte das Gegenteil. Sterbende Industrien, riesige Pleiten, große Arbeitslosenarmeen und ungeheures Elend sind die Früchte dieser Wirtschaftspolitik. Trotzdem will man mit denselben unmöglichen Maßnahmen weiter fortfahren. Neuer Lohnabbau, weitere Arbeitslosigkeit (trotz evtl. vorübergehender Masseneinstellungen von Arbeitslosen) werden noch schärfere Auswirkungen tätigen. Das neue Programm zur Rettung der Wirtschaft wird eine noch größere Pleite sein mit weit schlimmerer Verelendung noch größerer Volksmassen. Die wesentlichen Punkte aus diesem „Rettungs"-Programm, die in der SAZ im einzelnen, ganz besonders in bezug auf Lohnabbau und Tarifzerschlagung, erläutert wurden, zeigen das mit aller Deutlichkeit.

Die Durchführung dieser Pläne wird selbstverständlich alles bisher Dagewesene übertreffen und stellt einen Lohnabbau dar, größer als die bisher schon getätigten Lohnsenkungen. Die bisherigen tariflichen Grundlagen werden damit zerstört. Dieser Einbruch in das Tarifrecht geht bis weit über die Verhältnisse der Vorkriegszeit hinaus.

Die Verordnung erhält am 15. September Gesetzeskraft. Der Zeitpunkt ist gut gewählt, laufen doch Ende September unzählige Tarife wieder ab, die man dadurch evtl. gleich korrigieren kann. Schon das letzte Halbjahr 1931 zeigte im kleinen Maßstabe den Drang zur Tariflosigkeit (Gewerkschaftszeitung Nr. 33). Für 35% der beteiligten Gruppen bestand schon Ende 1931 ein tarifloser Zustand. Ganze Bezirke zahlen schon heute untertarifliche Löhne, und die Lohnpolitik in den Betrieben ist einfach ein Hohn auf die wirklich noch bestehenden Tarife. Die Arbeiterschaft, durch die Passivität der Gewerkschaften hoffnungslos gemacht, setzt dem andauernden stillen, kalten Lohnraub bei der Verschlechterung der Akkorde fast gar keinen Widerstand entgegen. Wären die Betriebsvertretungen nicht da, dann hätten wir schon jetzt in den Betrieben unhaltbare Zustände.

Um was geht es bei dieser Notverordnung?

Neben der völligen Zerschlagung der Tarife geht es um die Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Tarif- und Lohnverhältnisse und darüber hinaus um die Kaltstellung der Betriebsräte bei der Wahrung der Akkord- und Lohnverhältnisse im Betriebe. Diese ungeheure Gefahr muß in ihrer ganzen Größe erkannt werden. Schon zeigt sich auf der ganzen Front ein Schweigen der ADGB-Führung, trotz aller Kampfansagen auf den letzten Verbandstagen der verschiedensten großen Gewerkschaften. Schon zeigt sich, daß die Gewerkschaften sich auch um die Konsequenzen dieses neuen Angriffs der Unternehmer herumdrücken wollen und nicht an den Kampf, an die Verteidigung der Arbeiterrechte denken.

Im Interesse der Arbeiterschaft und im Interesse der Gewerkschaften besonders muß aber gegen diese Pläne ganz energisch Front gemacht werden. Die Arbeiterschaft kann diese Maßnahme der Papenregierung nicht kampflos hinnehmen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Alle Errungenschaften sind in den letzten drei Jahren der Arbeiterschaft genommen, die Löhne sind die niedrigsten gegenüber den Arbeitern der anderen maßgebenden Industrieländer. Zu lange schon hat die deutsche Arbeiterschaft gezögert, den Kampf zu führen gegen die immer schärfer einsetzende Kapitaloffensive, soll auch dieser Lohnabbau sang- und klanglos hingenommen werden? Die Gewerkschaften, die berufenen Organisationen, müssen endlich, entgegen der Praxis der letzten zwei Jahre, den Kampf aufnehmen, wollen sie sich nicht selbst als Faktor im Wirtschaftsleben ausschalten und den maßgebenden Einfluß bei der Arbeiterschaft verlieren. Für die Gewerkschaften ist ihre ganze Einstellung zu dieser Verordnung eine Existenzfrage. Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, daß bei weiterer Passivität ein starker Mitgliederabgang zu befürchten ist, der sich katastrophal auswirken kann. Diese Gefahr steht in ihrer ganzen Größe vor uns und muß klar erkannt werden in ihrer ganzen Auswirkung. Eine verantwortungsvolle Aufgabe harrt der Betriebsräte, die ihren Einfluß geltend zu machen haben gegenüber Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften.

Diesem Lohnabbau muß schärfster Kampf mit allen Mitteln, unter Anwendung und Aufbietung aller Kräfte angesagt werden. Die Gewerkschaftsführung muß unter dem Druck der Betriebsräte und der Betriebsarbeiter zum Kampf gezwungen werden. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Sofort müssen alle Gewerkschaften und Betriebe Stellung nehmen. Die deutsche Arbeiterschaft muß und wird sich ihrer Aufgabe bewußt sein. In Frankreich, Belgien, England, in allen Ländern wird gestreikt gegen Lohnabbau und Kapitaloffensive. In allen Ländern der Welt kämpft das Proletariat um seine Existenz, gegen Ausbeutung und Knechtung. Will die deutsche Arbeiterschaft dem Kampf ausweichen, will sie sich noch mehr entrechten lassen? Das kann und darf nicht sein. Der Kampf wird ernst und hart werden. Alle Mann an Bord, Gewerkschaften rüstet zur Verteidigung der elementarsten Lebensrechte! Betriebsräte vor die Front!

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere

SAZ

Internationaler Bergarbeiterkongreß

In London tagt gegenwärtig der 13. Internationale Bergarbeiterkongreß. Er kommt, wie alle seine Vorgänger, über schöne Reden und nutzlose Appelle an die Regierungen nicht hinaus. Das zeigt schon die Eröffnungssitzung wie auch der nachstehende Bericht:

London, 14. September.

WTB. Auf der heutigen Sitzung des Kongresses der Internationalen Bergarbeiterföderation in London betonte der Sekretär des britischen Verbandes, Ebby Edwards, daß man von der Inkraftsetzung der Arbeitsstundenkonvention von Genf weiter denn je entfernt sei. Die britischen Bergarbeiter seien bereit, ihre Regierung bei den Bemühungen um Revision der internationalen Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Sie seien aber nicht berechtigt, ihre eigenen Bemühungen ausnützen zu lassen, um die Verringerung der Arbeitszeit hinauszuzögern.

Der heute amtierende Vorsitzende des Kongresses, Husemann (Deutschland), sprach zunächst von den Bemühungen der deutschen Arbeiterschaft, die deutsche Regierung zur Ratifizierung der Konvention zu bewegen, und erklärte dann, die internationale Krise werde nicht überwunden werden, solange nicht etwas geschehe, um die Not des deutschen Volkes zu lindern. Die Zahl der in den Bergwerken in Deutschland Beschäftigten sei von 1 212 000 im Jahre 1921 auf 430 000 gefallen. Die deutschen Bergarbeiter glaubten nicht, daß eine Erholung durch Dumping oder Schutzmaßnahmen eintreten würde.

Also immer wieder „Regierung hilft", statt zu beraten, wie die Arbeiter durch internationale Kampfaktionen sich selber helfen.

Einigung in Stresa?

Stresa, 14. September.

Dem Wirtschaftskomitee der Konferenz von Stresa lag heute vormittag ein Einigungsvorschlag der deutschen, italienischen und französischen Delegation vor, der eine Synthese zwischen dem Präferenzen- und dem Kontributionssystem darstellt. Der österreichische und der schweizerische Vertreter erklärten sich damit einverstanden, wobei der schweizerische Vertreter dem deutschen Delegierten ausdrücklich zustimmte. Der tschechoslowakische Vertreter stimmte dem rumänischen Delegierten zu, der den Plan grundsätzlich annahm, aber die bekannten Vorbehalte dazu machte. Holland, England und Belgien sind jetzt aufgefordert worden, ihre grundsätzliche Stellungnahme zu dem Vorschlag bekannt zu geben.

In dem Finanzkomitee gehen die Verhandlungen über den zu erstattenden Bericht weiter.

Auch diese „Einigung" wird die kapitalistischen Gegensätze und Widersprüche im Balkan nicht aufheben und an den wirklichen Schwierigkeiten nichts wesentliches ändern.

Vorzeichen der Präsidentenwahl in USA

Sieg der Demokraten in Maine

New York, 14. September.

WTB. Mit Ausnahme von 50 Stimmbezirken steht zur Stunde die Verteilung der demokratischen und republikanischen Stimmen im Staate Maine, wo, wie gemeldet, gestern Gouverneurs- und Kongreßwahlen abgehalten wurden, bereits fest. Die Demokraten führen in diesem traditionell republikanischen Staat mit 639 Mandaten. Der Demokrat Brunn hat gegenüber dem republikanischen Gouverneurskandidaten Burleigh Martin einen Vorsprung von 1300 Stimmen. Sollten die 50 noch ausstehenden Bezirke keine grundlegende Verschiebung bringen, so würde der Staat zum ersten Mal seit 18 Jahren einen demokratischen Gouverneur erhalten.

In politischen Kreisen wird das starke Anwachsen der demokratischen Stimmen auf die Popularität Roosevelts zurückgeführt, dessen Aufstellung zum Präsidentschaftskandidaten man heute, nach den ersten Auswirkungen in Maine, noch stärker als früher als glücklichen Schachzug begrüßt. Wie Maine wählt, wählt das ganze Land, erklärt man.

•

Es hat also den Anschein, daß diesmal die Republikaner (Hoover) von den Demokraten geschlagen werden. Geändert wird damit grundsätzlich nichts. Demokraten wie Republikaner sind in der USA nur personell aber nicht politisch verschiedene Kliquen des Großkapitals.

Ausdehnung der Aufstands-Bewegung in Brasilien

Paris, 14. September.

Wie Havas aus Rio de Janeiro meldet, soll es in verschiedenen brasilianischen Bundesstaaten zu Revolten gekommen sein, die mit der Aufstandsbewegung von Sao Paulo zusammenhängen.

•

Die unausgesetzten Aufstände und „Revolutionen" in ganz Südamerika vollziehen sich unter Führung rein bürgerlicher Militärcliquen und Abenteurer. Es ist kein sozialistisch-revolutionärer Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. Trotzdem aber sind die jetzigen Kämpfe in Südamerika nichts anderes als der Ausdruck der Massenunzufriedenheit gegen die Ausbeutung des Weltkapitals und die furchtbaren Folgen der Weltkrise.